

# DIE ZUKUNFT IM BLICK DAS LAND GESTALTEN

17. Landesparteitag der  
SPD Sachsen-Anhalt  
*24. - 25. Juni 2022*  
*in Leuna*



# Inhaltsverzeichnis

<b>A Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>1</b>
<b>A1 Tarifbindung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	1
<b>A2 Photovoltaik Förderprogramm für Sachsen-Anhalt</b>	
. . . . .	1
<b>A3 Konzepte für die Arbeitszeitregelung bei einer 30 Std.- (bzw. 4 Tage-) Woche</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	2
<b>A4 Verabschiedung eines landeseigenen Unterstützungsprogramms für die Bars und Discotheken in Sachsen-Anhalt</b>	
. . . . .	2
<b>A5 Reform des Kündigungsschutzes bei befristeten Arbeitsverhältnissen und Berufsausbildungen</b>	
<i>Überweisung</i> . . . . .	3
<b>A6 Lehre aus Neuseeland – Bezahlter Sonderurlaub nach einer Fehlgeburt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	3
<b>A7 Kein billiger Ablass – Keine billige Ausgleichsabgabe</b>	
. . . . .	3
<b>A8 Vertrauensarbeitszeit verbieten!</b>	
<i>Überweisung</i> . . . . .	4
<b>B Bildungspolitik und Wissenschaft</b>	<b>4</b>
<b>B1 Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	5
<b>B2 Wiedereinführung des Leistungskurses für Geschichte</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	5
<b>B3 Wiedereinführung Kernfach Geschichte als Leistungskurs im Abitur</b>	
. . . . .	6

<b>B4 Sofortprogramm Reduzierung der Schulabbrecher-Quote</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	6
<b>B5 Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse beschleunigen</b>	
. . . . .	6
<b>B6 Islamische und jüdische Feiertage bei Prüfungsterminen an Schulen berücksichtigen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	7
<b>B7 Änderung der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung</b>	
. . . . .	7
<b>B8 Lehrpläne diverser gestalten</b>	
. . . . .	8
<b>B10 Bildungsurlaub für Alle – Mehr Zeit für Bildung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	8
<b>B11 Geschlechtergerechte Lehre, Medizinforschung und – entwicklung</b>	
. . . . .	9
<b>B13 Erstwähler*innen stärken – Rechte müssen mit Ressourcen einhergehen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	9

**C Gesundheits- und Sozialpolitik** 9

<b>C1 Entlastung auch für Rentnerinnen und Rentner – die Lücke zwischen arm und reich schließen</b>	
. . . . .	10
<b>C3 Mensch vor Profit. Abschaffung des Fallpauschalensystems und Einführung eines reformierten Selbstkostendeckungssystems in der stationären Versorgung somatisch Erkrankter.</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	10
<b>C4 Familien nach der Pandemie stärken: „Kindkrank“-Tage neu regeln</b>	
. . . . .	11

**C5 Einführung des „Hamburger Modells“ zur gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt zur Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 11

**C6 Förderung eines geschlechtssensibleren Umgangs mit der menschlichen Gesundheit**  
 . . . . . 12

**C7 Gesundes Essen ist ein Kinderrecht: Für qualitativ hochwertiges und kostenfreies Kita- und Schulessen sorgen**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 12

**C8 Endometriose bekannt machen – Aufklärung vorantreiben**  
 . . . . . 13

**C9 Psychosoziale Erkrankungen endlich als Berufskrankheiten anerkennen!**  
 . . . . . 13

**C10 Betriebliche Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastungen von Expert\*innen durchführen lassen!**  
 . . . . . 14

**C11 Kein Leistungsausschluss in der Eingliederungshilfe für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**  
 . . . . . 15

**C12 Zustimmung des TRIPS-Waivers**  
 . . . . . 15

**C14 Private Krankenversicherung endlich abschaffen**  
 . . . . . 16

**C15 Kampf den Keimen! – Staatl. Bezuschussung von Antibiotikaforschung**  
 . . . . . 16

**D Umwelt-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik** 16

**D1 Ergänzung und Ausweitung der Straßenverkehrsordnung „StVO“**  
 . . . . . 17

<b>D2 Verkehrswende auf kommunaler Ebene vorantreiben</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	18
<b>D3 Verbot der Neuzulassung von Personenkraftwagen und kleinen Lastkraftwagen mit Verbrennungsmotor bis 3,5t ab 2035</b>	
. . . . .	18
<b>D5 Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	19
<b>D8 Elektromobilität für ambulante Sozial- und Gesundheitsdienste</b>	
. . . . .	19
<b>D10 Einführung eines kostenlosen Schüler*innen-Tickets für Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	19
<b>E Innen, Außen- und Rechtspolitik</b>	<b>20</b>
<b>E1 Umsetzung einer Open-Source-Strategie</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	21
<b>E3 Änderung der sogenannten Abgeltungssteuer: Kapitalerträge wie Einkommen behandeln</b>	
. . . . .	21
<b>E4 Kapitalertragssteuer modern gestalten</b>	
. . . . .	22
<b>E5 „Z“-Verbot in Sachsen-Anhalt</b>	
. . . . .	22
<b>E6 Open-Source-Software</b>	
. . . . .	23
<b>E7 Für eine souveräne, demokratische und selbstbestimmte Ukraine in Europa</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	23
<b>E8 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) um den wirksamen Schutz vor algorithmenbasierter Diskriminierung ergänzen</b>	
. . . . .	24

<b>E9 Periodenprodukte in öffentlichen Einrichtungen ermöglichen</b>	
.....	<b>25</b>
<b>E10 Internetseiten müssen barrierefrei sein!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>25</b>
<b>E11 Mobbing muss strafbar werden!</b>	
.....	<b>26</b>
<b>E12 Kampf dem Klassismus</b>	
.....	<b>26</b>
<b>E13 Nicht süß, sondern gequält - Qualzucht bei Mops und Co. verbieten!</b>	
.....	<b>27</b>
<b>E15 Einführung eines Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild</b>	
.....	<b>27</b>
<b>E16 Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gesetzlich absichern</b>	
.....	<b>28</b>
<b>E17 „barrierearm“ ist nicht definiert- „barrierefrei“ im BGG schon</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>29</b>
<b>E19 Schwerpunktstaatsanwaltschaft für rechtsextreme Straftaten einrichten</b>	
.....	<b>29</b>
<b>E21 Schaffung einer*/eines unabhängigen Polizeibeauftragten für das Land Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>30</b>
<b>E22 Jurist*innenausbildung – den Mangel beenden</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>30</b>

<b>L Leitantrag</b>	<b>30</b>
---------------------	-----------

<b>L1 Die Zukunft im Blick - Das Land gestalten - Leitantrag zur landespolitischen Strategie der SPD Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>31</b>

**I Initiativeanträge** 39

I1 Resolution Ukraine . . . . . 40

I2 Mieterhöhungen eindämmen - Kappungsgrenzen einführen . . . . . 41

I3 Pflichtjahr? Nein, danke. . . . . 41

I4 Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten! . . . . . 42

**O Organisationspolitik** 45

O1 Änderung der Beitragsverteilung des Landesverbandes . . . . . 46

O2 Umsetzung des Regionalprinzips bei der Aufstellung der Liste für die kommenden Landtagswahlen  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 46

O3 Offenlegung der Mitgliedsbeiträge der Kandidat\*innen für die zu wählenden Ämter/Funktionen auf dem Landesparteitag  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 47

O4 Einführung eines Gleichstellungsberichts . . . . . 47

O5 16 Länder, 16 Plätze – Für Europa in ganz Deutschland . . . . . 48

O6 Umbenennung des Flughafen Leipzig/Halle in Anton-Wilhelm-Amo-Flughafen . . . . . 48

**S Satzungsänderung** 48

S1 Satzungsänderung §3b Abs. 8 der Landessatzung . . . . . 49

<b>S2 Satzungsänderung §8 Abs. 2 der Landessatzung</b>	
.....	<b>49</b>
<b>S3 Satzungsänderung §3b Abs. 3 der Landessatzung</b>	
.....	<b>50</b>



## A Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

### A1

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

#### **Tarifbindung**

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, initiativ zu werden, um die Verordnung der Europäischen Kommission zur Sicherung der Mindestlöhne und der Stärkung der Tarifbindung auf Landes- und auf Bundesebene umzusetzen.

Dazu gehört insbesondere ein Aktionsprogramm, mit dem eine Steigerung der Tarifbindung auf die von Europaparlament und Kommission geforderten mindestens 80 Prozent erreicht wird.

Einer der Schwerpunkte dieses Aktionsprogramms muss die Aufklärung über die gesellschaftliche und soziale Bedeutung der Tarifbindung sein. Dies setzt voraus, dass die Tarifparteien ungehinderten Zugang in staatlichen Einrichtungen (wie insbesondere allgemein- und berufsbildenden Schulen) und staatlich anerkannten und geförderten Organisationen mit dem Ziel der Aufklärung über und Werbung für die Tarifbindung erhalten.

---

### A2

#### **Beschluss**

#### **Photovoltaik Förderprogramm für Sachsen-Anhalt**

Um den Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt zu beschleunigen, fordern wir die SPD- Landtagsfraktion dazu auf,

1. in Sachsen-Anhalt ein PV-Förderprogramm für Privathaushalte zu initiieren. Dabei sollen der Neubau oder die Erweiterung von Photovoltaikanlagen auf Dächern privater Gebäude gefördert werden.
  2. die Ausbildung zum Solartechniker/zur Solartechnikern finanziell zu bezuschussen.
- 

## A3

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Konzepte für die Arbeitszeitregelung bei einer 30 Std.- (bzw. 4 Tage-) Woche**

Der SPD Landesverband Sachsen-Anhalt beschließt, dass er und seine Gliederungen sich

1. mit der Grundlagenarbeit und Wissensvermittlung zum Thema 30Std. / 4-Tage-Woche befassen. Dies soll Schichtdienste, Nachtdienste, die Rufbereitschaft und ähnliches mit einbeziehen und sich mit der Entwicklung von Arbeitszeitkonzepten auf Basis einer 30 Std. / 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich auseinandersetzen.
- 

## A4

### **Beschluss**

## **Verabschiedung eines landeseigenen Unterstützungsprogramms für die Bars und Discotheken in Sachsen-Anhalt**

---

## A5

### **Beschluss**

Überweisung

## **Reform des Kündigungsschutzes bei befristeten Arbeitsverhältnissen und Berufsausbildungen**

Überweisen an

AfA, AsJ

---

## A6

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Lehre aus Neuseeland – Bezahlter Sonderurlaub nach einer Fehlgeburt**

Es soll nach dem Vorbild Neuseelands auch in Deutschland ein bezahlter Sonderurlaub für beide Partner\*innen unmittelbar nach dem Eintreten einer Fehlgeburt von mindestens zwei Wochen ermöglicht werden.

---

## A7

### **Beschluss**

## **Kein billiger Ablass – Keine billige Ausgleichsabgabe**

Die SPD soll sich dafür stark machen, dass die Ausgleichsabgaben für Betriebe, die kaum Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen und die Beschäftigtenquote von fünf Prozent für schwerbehinderte Menschen nicht erreichen, auf einen Betrag von maximal 750 € pro fehlenden Arbeitsplatz steigen.

Dadurch soll die Lenkungswirkung der Abgaben gestärkt und die Arbeitslosigkeit bei schwerbehinderten Menschen weiter gesenkt werden.

---

**A8**

**Beschluss**

Überweisung

**Vertrauensarbeitszeit verbieten!**

Überweisen an

AfA

## B Bildungspolitik und Wissenschaft

### B1

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt**

Der SPD-Landesparteitag begrüßt, dass auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion die Schulsozialarbeit auch in der neuen ESF-Förderperiode durch zusätzliche Landesmittel mit allen Stellen fortgesetzt werden kann. Langfristig muss die Schulsozialarbeit durch ein dauerhaftes Landesprogramm gesichert und flächendeckend ausgebaut werden. Bis dahin muss die Vergabe in einem transparenten, Kriterien geleiteten Verfahren erfolgen.

---

### B2

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Wiedereinführung des Leistungskurses für Geschichte**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Wiedereinführung eines Kurses mit erweitertem Anforderungsniveau in der Sekundarstufe II sowie einer Abiturprüfung mit erweitertem Anforderungsniveau im Fach Geschichte einzusetzen.

---

## **B3**

### **Beschluss**

#### **Wiedereinführung Kernfach Geschichte als Leistungskurs im Abitur**

---

## **B4**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

#### **Sofortprogramm Reduzierung der Schulabbrecher-Quote**

Die SPD verlangt ein Pilotprojekt, mit dem die unakzeptabel hohe Zahl der Schulabgänger ohne einen Schulabschluss drastisch reduziert wird. Diese Forderung richtet sich an die Landesregierung sowie an die Kommunen.

---

## **B5**

### **Beschluss**

#### **Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse beschleunigen**

Das Anerkennungsverfahren eines ausländischen Schulabschlusses soll maximal drei Monate in Anspruch nehmen. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, dies im Bildungsausschuss

zu thematisieren. Es gilt zu prüfen, ob die Personaldecke im Landesschulamt ausreicht, um ein zügiges Anerkennungsverfahren zu gewährleisten. Andernfalls soll eine Aufstockung des Personals angestrebt werden. Das CDU-geführte Bildungsministerium soll in dieser Frage zum Handeln bewegt werden.

---

## B6

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Islamische und jüdische Feiertage bei Prüfungsterminen an Schulen berücksichtigen

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass bei der Festlegung von Prüfungsterminen in allen weiterführenden Schulen Sachsen-Anhalts **zentrale** islamische und jüdische Feiertage zwingend berücksichtigt werden.

---

## B7

### Beschluss

### Änderung der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung

Überweisen an

AfB

---

## **B8**

### **Beschluss**

#### **Lehrpläne diverser gestalten**

Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bei der Neubearbeitung der Fachlehrpläne Deutsch der weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt dauerhaft eine stärkere Auswahl weiblicher und diverser Autor:innen im Lektüreverzeichnis genannt wird.

---

## **B10**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

#### **Bildungsurlaub für Alle – Mehr Zeit für Bildung**

Die SPD macht sich dafür stark, den Anspruch auf Bildungsurlaub bundesweit zu vereinheitlichen. Die Möglichkeiten, die der Bildungsurlaub für die berufliche, schulische, politische Qualifizierung sowie für Weiterqualifizierungen im Rahmen eines Ehrenamtes bieten, sollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen einer Kampagne vermittelt werden. So soll das bestehende Angebot des Bildungsurlaubs stärker als bisher genutzt werden.

---



## **B11**

### **Beschluss**

## **Geschlechtergerechte Lehre, Medizinforschung und – entwicklung**

---

## **B13**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Erstwähler\*innen stärken – Rechte müssen mit Ressourcen einhergehen**

Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Landeszentrale für Politische Bildung zusätzliche altersunabhängige Bildungsmöglichkeiten für Erstwählerinnen und Erstwähler schafft. Diese sollen die Vielfältigkeit dieser Zielgruppe berücksichtigen.

## C Gesundheits- und Sozialpolitik

### C1

#### Beschluss

### **Entlastung auch für Rentnerinnen und Rentner – die Lücke zwischen arm und reich schließen**

Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt fordert die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, das beschlossene „Entlastungspaket 2022“, insbesondere die darin enthaltene Energiepreispauschale auch auf die in Deutschland lebenden Rentnerinnen und Rentner auszuweiten.

---

### C3

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Mensch vor Profit. Abschaffung des Fallpauschalensystems und Einführung eines reformierten Selbstkostendeckungssystems in der stationären Versorgung somatisch Erkrankter.**

Das Fallpauschalensystem zur Finanzierung der laufenden Kosten in der stationären Versorgung somatisch Erkrankter soll abgeschafft werden. Stattdessen soll die Rückkehr zum Selbstkostendeckungssystem erfolgen. Dieses Finanzierungsmodell soll jedoch nicht identisch aus der Historie der Bundesrepublik übernommen, sondern einer Reform unterzogen werden.

---

## C4

### Beschluss

#### **Familien nach der Pandemie stärken: „Kindkrank“-Tage neu regeln**

Die SPD in Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Prüfung einer vereinfachten und einheitlichen Regelung aus, um Betreuungstage für kranke und gesunde Kinder (etwa bei Einrichtungsschließungen) zukünftig ohne finanziellen Nachteil für betroffene Eltern zu kompensieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, hierzu eine parlamentarische Initiative auf den Weg zu bringen, die von der Bundespartei flankiert wird.

---

## C5

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

#### **Einführung des „Hamburger Modells“ zur gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt zur Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen**

**Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt zur Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen**

Die SPD möge beschließen, dass Beamtinnen und Beamte eine Wahlfreiheit zwischen privater Krankenversicherung mit Beihilfe und einer gesetzlichen Krankenversicherung mit ermäßigtem Beitragssatz haben.

In diesem Zusammenhang möge die SPD ebenfalls beschließen, dass das Land Sachsen-Anhalt als Dienstherr für seine Beamtinnen und Beamten einen „Arbeitgeberanteil“ zur gesetzlichen Krankenversicherung erbringt.

---

## C6

### Beschluss

#### **Förderung eines geschlechtssensibleren Umgangs mit der menschlichen Gesundheit**

Pharma-Firmen sollen sich zukünftig verpflichtend mit der Frage beschäftigen, ob und wie Geschlechterfragen in ihren Studien Berücksichtigung finden. Die Förderung mit öffentlichen Geldern soll an diese Vorgaben geknüpft werden.

---

## C7

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

#### **Gesundes Essen ist ein Kinderrecht: Für qualitativ hochwertiges und kostenfreies Kita- und Schulessen sorgen**

Die SPD Landtagsfraktion wird gebeten:

- Darauf hinzuwirken, dass die angebotenen Speisen in Kindertageseinrichtungen und Schulen konsequent den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechen.

- Durch die bereits vorhandene Vernetzungsstelle KiTa- und Schulverpflegung ist zu evaluieren, welche Kindertageseinrichtungen und Schulen im Land bei der Auswahl der Verpflegungsanbieter oder selbst zubereiteten Speisen diese Standards bereits erfüllen bzw. nicht erfüllen.
  - Im Rahmen sozialraumbezogener Bedarfserhebungen in den Gebietskörperschaften sollen gezielt benachteiligten Familien und Bildungseinrichtungen - Kita und Schulen - finanzielle Unterstützung für gesunde Ernährung erhalten.
- 

## C8

### Beschluss

#### **Endometriose bekannt machen – Aufklärung vorantreiben**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die ASG werden dazu aufgefordert, sich stärker für die Aufklärung über die chronische Krankheit Endometriose einzusetzen. Eine Aufklärung muss insbesondere an weiterführenden Schulen verpflichtend stattfinden.

Dafür könnte eine bundesweite Informationskampagne ins Leben gerufen werden, die über die Krankheit informiert und gleichzeitig auf Beratungsstellen und Endometriosezentren aufmerksam macht.

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Aufklärung zur Endometriose im Lehrplan im Rahmen des Sexualkundeunterrichts aufgenommen werden kann.

---

## C9

### Beschluss

## **Psychosoziale Erkrankungen endlich als Berufskrankheiten anerkennen!**

Die SPD-Bundestagsfraktion muss sich dafür einsetzen, dass psychische Erkrankungen, welche durch arbeitsspezifische Merkmale und Situationen verursacht werden, endlich in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen und die Forschung in diesem Bereich intensiv gefördert wird.

Psychische Erkrankungen in der Arbeitswelt werden noch immer stiefmütterlich behandelt, gleichwohl diese vermehrt vorzufinden sind. Unsichere Arbeitsverhältnisse, komplexere Arbeitsaufgaben, Zeitdruck etc. sind einige Indikatoren, die sich auf die Belastungswahrnehmung der Beschäftigten auswirken und durch die Corona-Pandemie zusätzlich verstärkt werden.

Psychische Erkrankungen, wie z.B. Burn-Out, finden keine Berücksichtigung in der Liste der Berufskrankheiten. Begründet wird dies meist mit dem Argument, dass psychische Erkrankungen kaum greifbar sind, da die individuelle Belastbarkeit der Beschäftigten die Herausbildung eines Krankheitsbildes erschwert. Hier gilt es die Forschung intensiv zu fördern, um Krankheitsbilder bestmöglich abbilden zu können.

---

## **C10**

### **Beschluss**

## **Betriebliche Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastungen von Expert\*innen durchführen lassen!**

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass die betriebliche Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastungen regelmäßig alle drei Jahre von Expert\*innen, wie beispielsweise Arbeitsmediziner\*innen, Arbeitspsycholog\*innen, Arbeitssoziolog\*innen etc. durchgeführt werden.

## C11

### Beschluss

#### **Kein Leistungsausschluss in der Eingliederungshilfe für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

Die SPD unterstützt den Rechtskreiswechsel für Geflüchtete aus der Ukraine, mit dem diese Zugang zu den Leistungen des SGB II, zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur Eingliederungshilfe erhalten. Wir halten dies für einen wichtigen Schritt der Gleichbehandlung und Entbürokratisierung der Flüchtlingsaufnahme, aber auch zur Entlastung der Kommunen. Wir bitten die SPD-Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen, dass künftig alle Geflüchteten, die einen Schutzstatus erhalten, unabhängig vom Herkunftsland von Anfang an Zugang zu den Leistungen der Sozialgesetzbücher und zur gesetzlichen Krankenversicherung erhalten.

---

## C12

### Beschluss

#### **Zustimmung des TRIPS-Waivers**

Die Bundes- und Europa-SPD wird aufgefordert, sich öffentlich dafür einzusetzen, dass Deutschland und die EU dem Antrag auf „Verzicht auf einige Bestimmungen des TRIPS-Abkommens zur Prävention, Eindämmung und Behandlung von Covid-19“, kurz: TRIPS-Waiver, in der WTO zustimmen.

---

## C14

### Beschluss

## Private Krankenversicherung endlich abschaffen

---

## C15

### Beschluss

## Kampf den Keimen! – Staatl. Bezuschussung von Antibiotikaforschung

Die SPD soll sich dafür stark machen, dass Unternehmen und universitäre Einrichtungen, sowie Kooperationen aus beiden, staatlich bezuschusst werden wenn diese Forschung, Entwicklung und Markteinführung neuer Antibiotika und Wirkstoffklassen aktiv vorantreiben. Alle Patente, die sich aus dieser Forschung ergeben, sollten in staatlicher Hand bleiben. Gleichzeitig soll darauf hingewirkt werden, eine strengere Indikationsstelle vorzunehmen.



## D Umwelt-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

### D1

### Beschluss

## Ergänzung und Ausweitung der Straßenverkehrsordnung „StVO“

Die StVO soll dahingehend geändert werden, dass zur Gewährleistung der Barrierefreiheit und besseren Orientierung in Zukunft alle Straßen mit Straßennamensschildern mit Braille- Schrift (Blindenschrift) oder Pyramidenschrift ausgestattet werden. Diese Schilder können in Höhe der Ampeltaster zur Überquerung von Kreuzungen angebracht werden.

Die finanziellen Mittel sollen über das Bundesprogramm „Barrierefreiheit“ für die Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Dann sind die Kommunen zu beauftragen, die Umsetzung bei zukünftigen Straßenbenennungen durchzuführen. Ein Beispiel dafür kann die Stadt Wedel sein, die 2019 Straßenschilder für Sehbeeinträchtigte in Pyramidenschrift eingeführt hat.

In Städten und Ortschaften wird durch das Anbringen von Straßen- und Platznamen eine Orientierung für sehende Menschen gut organisiert. Menschen mit Sehbeeinträchtigung wird derzeit keine Möglichkeit gegeben, selbstständig in Erfahrung zu bringen, an welcher Straßenecke oder an welchem Platz sie sich gerade befinden.

Natürlich gibt es auch blinde Menschen, die entsprechende Apps über das Iphone nutzen, die mit Unterstützung einer Sprachausgabe geleitet werden, aber nicht alle Menschen sind im Besitz eines solchen Gerätes, denn diese Telefone sind bekanntlich mit hohen Kosten im Erwerb verbunden.

## D2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Verkehrswende auf kommunaler Ebene vorantreiben

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, darauf hinzuwirken,

- dass das Ladeinfrastrukturkonzept von 2018 fortgeschrieben wird
- und die Kommunen aufgefordert werden, kommunale Umsetzungskonzepte dazu zu entwickeln. Die Konzepterstellung wird vom Land gefördert.

---

## D3

### Beschluss

### Verbot der Neuzulassung von Personenkraftwagen und kleinen Lastkraftwagen mit Verbrennungsmotor bis 3,5t ab 2035

Die Bundesrepublik Deutschland soll dem Vorbild anderer EU-Staaten wie Schweden, Spanien oder Frankreich folgen und ab dem Jahr 2035 den Verkauf und die Zulassung von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotoren verbieten.

**D5****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen**

Landwirtschaftliche Flächen sollen zukünftig doppelt genutzt werden können. Dazu wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich für eine Anpassung des Landwirtschaftsgesetzes einzusetzen, um eine gesetzlich anerkannte Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen mit Agrar-PV Kombination zu ermöglichen, sodass auch diese nach dem EEG gefördert werden können.

---

**D8****Beschluss****Elektromobilität für ambulante Sozial- und Gesundheitsdienste**

---

**D10****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Einführung eines kostenlosen Schüler\*innen-Tickets für Sachsen-Anhalt**

### **Angebotsausbau und perspektivische Kostenfreiheit für Schüler\*innen im ÖPNV**

Die Verkehrswende mit der Stärkung des ÖPNV ist ein wichtiger Baustein zur Bewältigung des Klimawandels. Unser gemeinsames Ziel ist, dass mehr Menschen Bus und Bahn statt des Autos nutzen. Dazu sind folgende Schritte notwendig:

1. Wir wollen einen Ausbau des ÖPNV gerade im ländlichen Raum. Es ist unser vorrangiges Ziel, mehr Menschen in Sachsen-Anhalt einen alltagstauglichen Zugang zu Bus und Bahn zu verschaffen.
2. Perspektivisch streben wir eine Kostenfreiheit für Schüler\*innen an. Das schließt dann auch die Berufsschüler\*innen ein. Bis dahin bleibt das Azubiticket ein erfolgreiches Instrument, die Attraktivität beruflicher Ausbildung zu steigern

## E Innen, Außen- und Rechtspolitik

### E1

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

#### **Umsetzung einer Open-Source-Strategie**

Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion zu beauftragen, folgende Forderungen zu unterstützen: 1. In der schulischen Bildung ist Freie und Open Source Software zu fördern und im Unterricht sind auch Alternativen zu Google, Microsoft u.a. zu vermitteln. In die Lehrerfortbildung sind solche Themen einzubeziehen. 2. Die Mitglieder der Fraktion im Rundfunkbeirat sollen darauf einwirken, dass in öffentlichen Medien, wie dem MDR, neben der Werbung für den proprietären Messenger Whatsapp auch insbesondere Open Source Alternativen wie SIGNAL anzubieten sind.

---

### E3

#### **Beschluss**

#### **Änderung der sogenannten Abgeltungssteuer: Kapitalerträge wie Einkommen behandeln**

Auf Kapitalerträge (Zinsen, Fonds-Erträge, Aktien-Dividenden, Gewinn aus Aktienverkäufen, usw.), sind 25 Prozent Steuern zuzüglich 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls zuzüglich Kirchensteuer zu zahlen.

Diese Regelung beinhaltet eine Gerechtigkeitslücke.

Kleinsparer aus dem Mittelstand unterliegen dem gleichen Steuersatz ab einem Freibetrag von 801 Euro pro Person und Jahr, wie Großanleger. Lediglich eine mögliche sogenannte „Günstigerprüfung“ des Finanzamtes erlaubt, die Abgeltungssteuer auf den persönlichen Steuersatz („Grenzsteuersatz“) zu schmelzen. Wer also einen persönlichen Steuersatz von unter 25 Prozent hat, bezahlt entsprechend weniger Abgeltungssteuer. Jede/r andere Steuerbürger hat auf Kapitalerträge den oben erwähnten gleichen Steuersatz zu zahlen.

Deshalb müssen künftig Kapitalerträge als „normales Einkommen“ versteuert werden. Damit würde das System, nach dem „starke Schultern mehr zu leisten haben“, gestärkt werden. Es ist zudem nicht verständlich, dass zum Beispiel Facharbeiterlöhne und Angestelltegehälter eine höhere (Einkommens-)Besteuerung erfahren, als Kapitalerträge. Um Verwerfungen zu vermeiden, könnte der oben genannte Freibetrag von 801 Euro pro Person und Jahr erheblich angehoben werden und auf den einkommenssteuerlichen Freibetrag aufgesetzt werden. Die zuständige Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine diesbezügliche Gesetzesinitiative zu ergreifen.

---

## **E4**

### **Beschluss**

## **Kapitalertragssteuer modern gestalten**

---

## **E5**

### **Beschluss**

## **„Z“-Verbot in Sachsen-Anhalt**

---

## E6

### Beschluss

## Open-Source-Software

---

## E7

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Für eine souveräne, demokratische und selbstbestimmte Ukraine in Europa

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Sachsen-Anhalt als Landesgliederung der ältesten demokratischen Partei Deutschlands setzt sich für soziale Gerechtigkeit, demokratische Strukturen und ein friedliches Miteinander ein. Diese Grundwerte machen nicht an Landes- oder Bundesgrenzen halt.

Der widerrechtliche, kriegerische Angriff Russlands auf die demokratische, unabhängige Ukraine wird durch unsere Landespartei aufs stärkste verurteilt. Wir stehen an der Seite, der für Freiheit und Demokratie kämpfenden Ukrainerinnen und Ukrainer. Die Bundesregierung wird in ihrem Bestreben unterstützt, den russischen Angriffskrieg schnellstmöglich zu beenden und hierfür die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zu ergreifen.

Aus der Ukraine geflüchtete Menschen sollen auch weiterhin in Sachsen-Anhalt die volle Unterstützung erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Ukrainerinnen und Ukrainern, die es wünschen, eine dauerhafte Integration im Land ermöglicht wird.

Wir unterstützen den Wunsch des Landes, in der EU aufgenommen zu werden. Um diesen Prozess, sowie den Aufbau in der Ukraine selbst, aktiv unterstützen zu können, fordern wir unseren

Parteivorstand auf, Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien in der Ukraine zu knüpfen, um den dort Aktiven mit unserem Wissen pragmatisch helfen zu können. So können tragfähige Brücken errichtet werden, die weitere Unterstützung möglich machen.

Die Ukraine braucht starke Partner in ihrem Kampf für Freiheit, Grundrechte und Demokratie. Die Menschen in diesem Land kämpfen nicht zum ersten Mal um ihre Unabhängigkeit. Der Maidan darf nicht nur ein symbolhafter Platz sein. Er war die Basis für den Willen eines Volkes, in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben. Diese Zuversicht teilen wir und wollen dem Land in seinem Kampf gegen Unterdrückung hilfreich zur Seite stehen in einem Prozess, der noch am Anfang steht. Gemeinsam kann er zum Erfolg geführt werden, wenn demokratisch gesinnte Menschen über Ländergrenzen hinaus gemeinsam für die Freiheit eintreten.

---

## **E8**

### **Beschluss**

#### **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) um den wirksamen Schutz vor algorithmenbasierter Diskriminierung ergänzen**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes dafür einzusetzen, das AGG zu einem effektiven Instrument gegen algorithmenbasierte Diskriminierung zu machen. In diesem Zusammenhang ist die Ausweitung des Anwendungsbereichs und der Diskriminierungsmerkmale im AGG mit Blick auf algorithmenbasierte Diskriminierung ebenso wie die Einführung eines Verbandsklagerechts zu prüfen.



## E9

### Beschluss

#### **Periodenprodukte in öffentlichen Einrichtungen ermöglichen**

Die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die kostenlose Bereitstellung von Periodenprodukten im öffentlichen Raum möglich gemacht werden kann.

Hierfür sollen folgende Schritte erfolgen.

1. Initiieren von Förderprogrammen zur Einrichtung von Modellprojekten zur Bereitstellung von Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulen, Universitäten, Ämtern)
2. Initiierung einer bundesweiten Studie zur Periodenarmut
3. Das Vorhalten von Periodenprodukten ist in die Grundsachausstattung für den Betrieb öffentlicher Einrichtungen und Toiletten mit aufzunehmen und entsprechend einzupreisen.

---

## E10

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

#### **Internetseiten müssen barrierefrei sein!**

Zukünftig sollen in Deutschland alle staatlichen sowie gewerblichen Internetseiten barrierefrei und damit zugänglich für alle Menschen, unabhängig von einer Behinderung oder Beeinträchtigung, sein.

---

## E11

### Beschluss

#### **Mobbing muss strafbar werden!**

Die SPD soll sich dafür stark machen, dass das wiederholte und regelmäßige Schikanie- ren, Quälen und Verletzen von einzelnen Menschen durch eine Einzelperson oder eine beliebige Art von Gruppe, auch bekannt als Mobbing, am Arbeitsplatz ein Straftatbestand wird. Dabei müssen auch die verschiedenen Formen von Cybermobbing mit berücksichtigt werden.

Der Arbeitgeber soll in diesem Sinne verpflichtet werden, jedem gemeldeten Mobbingfall nach- zugehen und zu prüfen, um das Problem zu lösen und wenn nötig arbeitsrechtliche Schritte einzuleiten.

Wenn der Arbeitgeber nichts unternimmt, macht er sich strafbar und kann haftbar gemacht werden.

Auch soll er verpflichtet werden Schadensersatz bei Untätigkeit zu leisten.

Die von Mobbing betroffene Person soll aber weiterhin beweispflichtig sein und zur Führung eines Mobbingtagebuchs – mit Angaben über Ort, Zeit und eventuelle Zeugen - verpflichtet werden.

---

## E12

### Beschluss

## Kampf dem Klassismus

Überweisen an

AK gegen Rechtsextremismus, AsJ

---

**E13**

### Beschluss

## Nicht süß, sondern gequält - Qualzucht bei Mops und Co. verbieten!

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass:

- klare Kriterien nach niederländischem Vorbild eines Ampelsystems, ab wann von einer Qualzucht gesprochen werden kann, um sie zu verbieten;
  - ein Zuchtverbot für besonders kurznasige Tierrassen, wie für Mops, Chihuahua, Britisch Kurzhaar und Co.,
  - klare Leitlinien für die Veterinärämter, um Züchter\*innen kurznasiger Hunde- und Katzenrassen besser kontrollieren zu können!
- 

**E15**

### Beschluss

## **Einführung eines Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild**

Die SPD Sachsen-Anhalt soll sich dafür stark machen, dass ein Transparenzgesetz nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes (HmbTG), vor der Novelle 2020 eingeführt wird.

In diesem Gesetz sollen der Anwendungsbereich, der Schutz personenbezogener und anderer sensibler Daten, die Beschränkungen und die Ausnahmen von der Informationspflicht festgelegt werden.

Auch soll die Ausgestaltung der Veröffentlichungspflicht in diesem Gesetz geregelt werden.

---

## **E16**

### **Beschluss**

## **Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gesetzlich absichern**

Die bisherigen Regelungen für Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind in Sachsen -Anhalt auf Erlassbasis geregelt. Diese Vorgaben sind so in gesetzliche Regelungen zu überführen, dass die Arbeitsgrundlagen für die Ausübung von Haupt- und Nebenämtern Verlässlichkeit erfahren. Dies gilt insbesondere für

- die Beschreibung der Aufgaben
- die Ausstattung mit zuständigkeitsbezogenen Kompetenzen
- die bedarfsgerechte Schaffung von ggf. erforderlichen weiteren Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt
- deren organisatorische Ansiedlung in den jeweiligen Behörden

Es ist zu prüfen, inwiefern eine derartige Regelung im neu zu entwickelnden, modernen Gleichstellungsgesetz verankert werden kann.

---

## E17

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

#### **„barrierearm“ ist nicht definiert- „barrierefrei“ im BGG schon**

Bei Erklärungen von Verbänden und Unternehmen im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit ist darauf zu achten, dass ausschließlich der Begriff „barrierefrei“ genutzt wird, Nur dieser ist gesetzlich definiert. Alternative Formulierungen, wie „barrierearm“, „behindertengerecht“ oder „rollstuhlgerecht“ werden häufig benutzt, um bestehende Mängel zu verschleiern.

---

## E19

### Beschluss

#### **Schwerpunktstaatsanwaltschaft für rechtsextreme Straftaten einrichten**

Um Kapazitäten & Kompetenzen im Vorgehen gegen rechtsextreme Straftaten zu bündeln, fordern wir die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus. Gegen den rasant steigenden Hass & die daraus resultierende Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, politischen Einstellungen etc. muss ein starkes Zeichen gesetzt werden.

## E21

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Schaffung einer\*/eines unabhängigen Polizeibeauftragten für das Land Sachsen-Anhalt**

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert die SPD Landtagsfraktion sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Stelle der/des im Koalitionsvertrag vereinbarten „weisungsunabhängigen Polizeibeauftragten“ zügig eingerichtet wird.

---

## E22

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Jurist\*innenausbildung – den Mangel beenden**

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert eine langfristige und umfassende Strategie um den Mangel an Jurist\*innen in Justiz und Landesverwaltung vorzubeugen und die aktuell drohende Pensionierungswelle abzufedern. Der gegenwärtige Ansatz des Justizministeriums sollte dabei vertieft und verstärkt auf Studierende und Referendar\*innen aus Sachsen-Anhalt eingegangen werden.

## L Leitantrag

### L1

## Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Die Zukunft im Blick - Das Land gestalten - Leitantrag zur landespolitischen Strategie der SPD Sachsen-Anhalt

Die SPD gewinnt wieder Wahlen. Nach einer enttäuschenden Landtagswahl im Juni hat sich das Blatt im September gewendet. Mit fünf erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern stellen wir die meisten Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt und haben damit eine schlagkräftige Vertretung im Deutschen Bundestag. Vom Zweitstimmenergebnis lagen wir in acht der neun Wahlkreise vorn. An diesen Erfolg konnten wir seither auch bei zahlreichen Landrats- und Bürgermeisterwahlen anknüpfen. Wernigerode, der Altmarkkreis Salzwedel, die Hansestadt Stendal und Haldensleben mit Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landrat sind da nur beispielhaft zu nennen. Der Koalitionsvertrag für Sachsen-Anhalt wurde von uns gut verhandelt – wir konnten in hohem Maß Ziele aus unserem Wahlprogramm verankern. Wir besetzen mit unseren Minister:innen die beidendarin Schlüssel- und Kern-Ressorts. Die zur Bewältigung der Aufgaben aus der Corona-Pandemie und die Fragen des Klimawandels liegen in unserer Hand. Wir werden diese Verantwortung dafür nutzen, unser Land voranzubringen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in Sachsen-Anhalt weiter zu verbessern. Wir wollen das Vertrauen auch der neu gewonnenen Wählerinnen und Wähler rechtfertigen. In beiden Wahlkämpfen des vergangenen Jahres haben wir deutlich gemacht: Die SPD ist und bleibt eine Zukunftspartei. Dabei denken wir Bundes- und Landespolitik immer miteinander vernetzt. Das gilt erst recht nach der Übernahme der Führungsverantwortung in einer Bundesregierung, die einen grundlegenden sozialen und ökologischen Umbruch unserer Industriegesellschaft auf den Weg gebracht hat. In Sachsen-Anhalt wird dieser Umbruch unter sozialdemokratischer Verantwortung gestaltet. Wir verstehen Klimaschutz als doppelte Gestaltungsaufgabe: einerseits als Vorhaben einer industriepolitischen und infrastrukturellen Umgestaltung von kaum gekannten Ausmaßen, andererseits mit dem klaren Ziel, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien nicht die Zeche dieser Umgestaltung zahlen. Klimaschutz ist dabei nicht zu trennen vom Thema Verkehr. Im Koalitionsvertrag für Sachsen-Anhalt sind zahlreiche, von uns geforderte Vorhaben für den ÖPNV im ländlichen Raum als Pilotprojekte zur Erprobung für einen flächendeckenden

Einsatz vorgesehen. Radverkehr hat ebenfalls einen hohen Stellenwert. Wir werden die Verkehrswende als Teil der Klimawende zum Thema machen und uns dabei als treibende Kraft für innovative, auch wirklich klimaneutrale Lösungen profilieren. Wir stellen die Weichen für ein nachhaltiges und innovatives Sachsen-Anhalt. Wir stehen aufgrund des fortschreitenden Klimawandels und der erforderlichen Energiewende vor großen Herausforderungen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss dringend beschleunigt, der Aufbau einer innovativen und klimaneutralen Wirtschaft eingeleitet werden, um die Pariser Klimaziele bis 2045 zu erreichen. Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht die Notwendigkeit einer beschleunigten Energiewende und hat uns auf dramatische Weise aufgezeigt, dass es falsch war, sich von der Lieferung fossiler Energieträger derart abhängig zu machen. Wir betrachten den Ausbau Erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt insoweit nicht mehr nur als wesentlichen Schritt für den Klimaschutz und als Basis für eine klimaneutrale Wirtschaft, sondern zugleich als entscheidenden Beitrag für die energiepolitische Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Unser Bundesland wird vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben mehr denn je auch auf eine exzellente Hochschul- und Wissenschaftslandschaft angewiesen sein – es sind die Garanten für die Entwicklung von Innovationen, die wir in der Wirtschaft, beim Klimaschutz und beispielsweise in der Medizin benötigen. Sie gewährleisten zudem die Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften und sind unverzichtbar für die gesellschaftliche wie kulturelle Entwicklung. Als SPD verstehen wir uns als treibende Kraft in Sachsen-Anhalt, die Herausforderungen anpackt und die Weichen für die Zukunft stellt. Mit dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt besetzen wir in dieser Legislaturperiode ein Zukunftsressort und können entscheidende Impulse setzen. Unsere Schwerpunkte in der Regierungsarbeit: Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen des Landes weiter stärken, um Forschung, Lehre und die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte langfristig zu sichern. Wir werden auch weiterhin konsequent in Hochschulen und Wissenschaft sowie in außeruniversitäre Forschung zu investieren. Die Bereitschaft, in Innovationen und Fachkräfte zu investieren, ist nicht zuletzt Grund für die Milliarden-Investition des US-Chipkonzerns Intel für eine Großansiedlung in Magdeburg. Sowohl für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier als auch für Ansiedlungen und den Aufbau einer nachhaltigen klimaneutralen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gilt es, den eingeschlagenen erfolgreichen Kurs in der Wissenschaftspolitik fortzusetzen. Dazu zählen für uns – gerade angesichts stark steigender Energiepreise - eine verlässliche Grundfinanzierung, verstärkte Landesforschungsförderung, Erhöhung des Inflationsausgleichs, die Beteiligung an der Exzellenzinitiative des Bundes, sowie eine stärkere Unterstützung der Studentenwerke. Die Corona-Pandemie hat uns nachdrücklich vor Augen geführt, wie wichtig neben der Krankenhauslandschaft auch eine leistungsfähige Universitätsmedizin für Sachsen-Anhalt ist. Die Universitätskliniken sind Grundlage für den Bestand unseres Gesundheitssystems. Als SPD Sachsen-Anhalt haben wir uns bereits auf Landesebene für eine bessere Finanzierung der Unikliniken des Landes eingesetzt, um die



Zukunftsfähigkeit der beiden Standorte in Magdeburg und Halle zu sichern. Dabei lösen wir schrittweise den Investitionsstau auf und haben mit dem Corona- Sondervermögen ein umfangreiches Paket geschnürt, um pandemiebedingte Mehrkosten auszugleichen. Um eine auskömmliche Finanzierung der Universitätsmedizin zu erreichen, unterstützen wir die Pläne der Bundesregierung, ein differenziertes Fallpauschalenmodell zu entwickeln. Es wird darum gehen, die Kostenstrukturen der Universitätsklinik künftig stärker zu berücksichtigen. Energie Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, bis zum Ende der Legislaturperiode 5,65 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen, damit Sachsen-Anhalt die auf Bundes- und EU-Ebene gesteckten Klimaziele bis zur Mitte des Jahrhunderts erfüllt. Unser Bundesland zählt bereits jetzt zu den Vorreitern beim Ausbau Erneuerbarer Energien - Angesichts des Ukraine-Kriegs und der bislang noch vorhandenen Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger müssen wir das Tempo weiter erhöhen. Das ist eine Mammutaufgabe, die wir meistern werden. Dazu zählt zuvorderst die Ausweisung geeigneter Flächen für neue Energieparks. Das 2-Prozent-Flächenziel muss auch in Sachsen-Anhalt zügig umgesetzt werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Maßnahmen der Bundesregierung zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir müssen Energieeffizienz in Unternehmen und die energetische Sanierung von Gebäuden – insbesondere im öffentlichen Sektor – noch konsequenter vorantreiben. Für den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen wir als SPD ausdrücklich die geplanten Investitionen im Bereich der Wasserstoff-Projekt- Infrastruktur. Sachsen-Anhalt verfügt über eine hervorragende Ausgangslage, um sich zu einem führenden Standort für die Produktion und Nutzung von „grünem Wasserstoff“ zu entwickeln. Hier sollen die Chancen und Potenziale insbesondere im Mitteldeutschen Braunkohlerevier genutzt werden, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Klimaschutz Der Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Braunkohle schreitet voran. Die SPD steht für sozialverträglichen Klimaschutz, wir lassen die vom Strukturwandel betroffenen Regionen nicht allein und werden uns für den Erhalt bzw. die Schaffung guten Arbeitsplätzen einsetzen. Mit dem Strukturentwicklungsprogramm hat die Landesregierung hierfür bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode eine Roadmap vorgelegt, der Bund stellt für die Gestaltung des Strukturwandels 4,8 Milliarden Euro bereit. Und auch die MIBRAG hat Pläne für die Auskohlung des Tagebaus Profen sowie die Abschaltung des Kohlekraftwerks Schkopau Ende 2034 entwickelt. Insoweit teilen wir als SPD die Einschätzung der Bundesregierung, dass ein Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Braunkohle im Idealfall vor 2038 gelingen kann. Die Klimaveränderungen wirken sich bereits heute in Sachsen-Anhalt aus: Starkregen, Hochwasser, Trocken- und Dürreperioden häufen sich. Deshalb unterstützen wir die Pläne des Ministeriums für Wissenschaft, Umwelt, Energie und Klimaschutz, ein Wassermanagement zu entwickeln. In Zukunft wird es bei der Unterhaltung unserer Gewässer nicht mehr nur um den Abfluss von Wasser gehen. Zunehmende Hitze- und Trockenperioden erfordern einen stärkeren Wasserrückhalt. Zu einem modernen Wassermanagement gehört auch konsequenter Hochwasserschutz; gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort streben wir pragmatische, zügige Lösungen zum Schutz vor

den Folgen von Hochwasser an. Trotz einer aktiven Klimaschutzpolitik wird die Gefahr von Waldbränden in allen Landesteilen steigen. In der aktuellen Koalition haben wir bereits für ein Umsteuern bei Waldbrandvorsorge und -bekämpfung gesorgt. Die konkreten Maßnahmen werden wir mit Nachdruck einfordern. Umwelt Die dramatischen Überschwemmungen im Südwesten Deutschlands im vergangenen Jahr haben einmal mehr verdeutlicht, dass Investitionen in den Hochwasserschutz insbesondere in Zeiten des Klimawandels und zunehmender Extremwetterlagen oberste Priorität haben müssen. Als SPD werden wir uns dafür einsetzen, dass die Sanierung von Deichen sowie die Schaffung von möglichen Überflutungsflächen und Poldern weiter konsequent fortgeführt werden. Bis 2027 werden hierfür mehr als 500 Millionen Euro über verschiedene Programme von Bund, Land und EU bereitgestellt. Es wird eine neue Landesstrategie zum Hochwasserschutz ausarbeitet, die klimawandelbedingte Herausforderungen stärker in den Blick nehmen wird. Der Klimawandel und der flächen-deckende Einsatz von Bioziden bedrohen die Artenvielfalt immer stärker. Wir werden uns verstärkt für den Schutz bedrohter Arten und den Erhalt der Biodiversität einsetzen. Unsere Naturparks, Biosphärenreservate und der Nationalpark Harz repräsentieren wertvolle Naturschätze des Landes. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass auch der Drömling mit seiner einzigartigen Niedermoorlandschaft als länderübergreifendes UNESCO-Biosphärenreservat anerkannt werden soll. Landwirtschaft Wir wissen, dass wir dringend eine Ernährungs- und Landwirtschaftstransformation benötigen! Unsere Landwirtschaft produziert Lebensmittel und sichert damit unsere Ernährung. Sie leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz. Deswegen müssen wir unsere Ressourcen nachhaltig nutzen. Bodenfruchtbarkeit, Qualität des Grundwassers, Artenvielfalt bei Flora und Fauna und das Wohl von Nutztieren müssen bei allen landwirtschaftlichen Produktionsprozessen berücksichtigt werden. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir konsequent zu regionalen, möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen zurückkehren. Hierzu gehört auch die flächengebundene Tierhaltung. Außerdem müssen die von der Landwirtschaft erbrachten Ökosystemleistungen einkommenswirksam honoriert werden. Allerdings verfolgen wir diese Ziele nicht nur über die Ausweitung des Ökolandbaus, sondern gehen den Weg der Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Bewusstsein dafür ausbauen, wie hoch der tatsächliche Wert unserer Lebensmittel ist, können wir die Wende in der Landwirtschaft schaffen. Auf diesem Weg müssen wir die Schul- und KiTa-Speisung umstellen. Diese muss gesund, regional, saisonal und über kurze Lieferketten organisiert werden. Zusätzlich müssen Ernährungsbildung und Hauswirtschaften viel stärker in Unterrichtsinhalte einfließen. Damit sorgen wir für die Gesundheit der heranwachsenden Generationen und schaffen gleichzeitig einen Markt, der regionale Wertschöpfung für die Landwirtschaft ermöglicht. Der Lebensmitteleinzelhandel muss seine Preispolitik ändern. Es kann nicht sein, dass der Wettbewerb zwischen den Handelsketten über Dumpingpreise für Lebensmittel geführt wird. Und wir brauchen Möglichkeiten, nicht benötigte Lebensmittel oder Lebensmittel, die das MHD überschritten haben, an gemeinnützige Einrichtungen weitergeben zu können.

Gesundheit, Soziales und Gleichstellung Soziale Politik bedeutet für uns als SPD: Handeln, damit es den Menschen besser geht. Die Stärkung der öffentlichen Gesundheitsversorgung ist eine staatliche Aufgabe ersten Ranges. Umbau und Modernisierung der Krankenhauslandschaft Sachsen- Anhalts sind deshalb für uns ein zentrales Ziel für diese Wahlperiode. Wir stehen mit unserer Arbeit im Land für die Umsetzung von Reformvorhaben der Bundesregierung, die auf die Stärkung der Prävention und der Krankenversorgung im ländlichen Raum und deren bedarfsgerechte Finanzierung abzielen. Es gehört zum Grundverständnis unserer Politik: Wir lassen niemanden zurück. Arbeit und Soziales sind deshalb klassische Kernthemen sozialdemokratischer Politik. Das gilt für die Zukunft der Arbeit, die Sicherung des Fachkräftebedarfs für unser Land und den großen Bereich der Inklusion. Wir stehen für Daseinsvorsorge, Respekt und Gleichstellung Corona hat deutlich vor Augen geführt, welch enormen Wert staatliche Daseinsvorsorge hat und wie bedeutsam eine medizinisch und pflegerisch hochwertige, flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung ist. Die Landesförderung für Krankenhäuser wird deshalb im Haushalt weiterhin auf hohem Niveau vorgehalten. Aber auch neue Modelle zur flächendeckenden Sicherung der ambulanten wie auch stationären Versorgung treiben wir gerade in dünn besiedelten Regionen unseres Landes aktiv und sichtbar voran. Die Digitalisierung wird gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Baustein für eine bessere gesundheitliche Versorgung sein. Telemedizinische Angebote wie etwa Videosprechstunden sollen insbesondere den Zugang zu Fachärzt:innen erleichtern. Zur Daseinsvorsorge zählt auch, für genügend gut ausgebildetes Personal zu sorgen, dass unsere Gesellschaft in schwierigen Zeiten trägt und dafür sorgt, dass „es läuft“. Deshalb wollen wir kurzfristig alle andersrechtlich geregelten Gesundheitsberufe den dualen Ausbildungen gleichstellen. Nur so kann dem Fachkräftemangel in diesen für uns alle wichtigen Berufsfeldern entgegengewirkt werden. Gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeirat werden wir das Behindertengleichstellungsgesetz des Landes weiterentwickeln, den Beirat damit deutlich stärken und die UN-Behindertenrechtskonvention noch wirksamer umsetzen. Auch das Wohn- und Teilhabegesetz wird im Sinne von pflegebedürftigen wie auch Menschen mit Behinderungen etwa zur Erhöhung der Anzahl von Einzelzimmern fortentwickelt. Der Anschlag in Halle vom 9. Oktober 2019 hat auf entsetzliche Weise gezeigt, welche tödlichen Gefahren mit Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einhergehen. Wir sind die Anwälte der unterschiedlichen Initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus, für Demokratiebildung und - Stärkung. Dazu werden wir die Landesprogramme für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wie auch das Landesprogramm für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gestärkt fortführen und uns für ein Demokratiefördergesetz des Bundes einsetzen. Um mehr Menschen für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen, werden wir die Engagementstrategie weiterentwickeln, mit Fördermöglichkeiten untersetzen und damit die Rahmenbedingungen zur Engagement- und Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt insgesamt verbessern. Für die Zukunft unserer Demokratie ist es mehr denn je nötig, Kinder und Jugendliche stärker an der Gestaltung des

Gemeinwesens teilhaben zu lassen: Wir fordern Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler Ebene und die Einführung eines Wahlalters ab 16 auch auf Landesebene. Wir setzen uns ein für die stärkere Beteiligung junger Menschen in kommunale Prozesse. Mit dem Wechsel des Themas Gleichstellung in sozialdemokratische Verantwortung, können wir endlich für eine moderne Gleichstellungspolitik sorgen. Um Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen, werden wir die Istanbul- Konvention konsequent umsetzen, dass das Hilfesystem für Betroffene von Gewalt, Diskriminierung oder Stalking nachhaltig stärken und die Arbeitssituation der Fachkräfte verbessern. Dazu gehört die tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten und die Verbesserung der Personalausstattung. Mit einem modernen Gleichstellungsgesetz werden wir dazu beitragen, dass die beruflichen Chancen von Frauen verbessert und die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. Wir werden das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt weiterentwickeln und noch stärker dazu nutzen, die Bedeutung von Frauen- und Gleichstellungsthemen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbarer zu machen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind besonders stark von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen. Wir setzen uns für einen „Pakt für Kinder und Jugend“ ein, damit mehr Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden möglich und die Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte verbessert werden. Der Pakt beinhaltet ebenfalls ein Investitionsprogramm für die Ausstattung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Gute Kinderbetreuung mit einem flächendeckenden Netz an Kindertageseinrichtungen und dem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Beitrag, um Kindern Bildungswege zu eröffnen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Unser langfristiges Ziel als Sozialdemokrat:innen ist und bleibt die Beitragsfreiheit! Erstausbildungen sollen künftig grundsätzlich schulgeldfrei sein. Das bedeutet: Die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher, aber auch in allen anderen Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen soll schulgeldfrei und perspektivisch vergütet werden. Beides - Schulgeldfreiheit und Mindestausbildungsvergütung - sind zentrale Schritte für die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung. Zudem werden wir die Fachkräftesicherung durch „Gute Arbeit“, insbesondere durch Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen, voranbringen. Während der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung der Arbeitswelt einen deutlichen Schritt nach vorn gemacht: Home Office und hybride Arbeitsmodelle sorgen zunehmend für moderne, attraktive und familienfreundlichere Arbeitsplätze. „Gute Arbeit“ heißt in diesem Zusammenhang aber auch, gemeinsam mit dem Bund dafür Sorge zu tragen, eine Entgrenzung der Arbeit und eine permanente Erreichbarkeit zu verhindern. Die Corona-Pandemie hat zu einer Verstärkung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse beigetragen, der wir entschieden begegnen werden. Um den wachsenden Fach- und Arbeitskräftemangel zu bewältigen, werden wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz dafür sorgen, dass sich Menschen dafür entscheiden, ihre Zukunft in Sachsen- Anhalt aufzubauen. Gleichzeitig wollen wir die bereits in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen und die

jüngst vor dem Krieg aus der Ukraine geflohenen Menschen dabei unterstützen, kurzfristig auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Bildung Auch wenn Bildungspolitik in der Landesregierung nicht von uns verantwortet wird, stehen vor allem wir Sozialdemokrat:innen dafür ein, dass Schule und weitere Bildungsangebote in der Koalition die nötige Priorität haben. Das haben wir gerade erst wieder mit der Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land bewiesen. Dafür stehen wir: Gegen den anhaltenden Lehrkräftemangel muss der „Kampf um die Köpfe“ neu ausgebildeter Lehrer:innen verstärkt werden. A13/ E13 als Einstiegsgehalt in der Grundschule ist unser Ziel. Gleiches Gehalt für Grundschullehrer:innen wie in den Nachbarländern gehört dazu. Eine Beschränkung auf Absolvent:innen mit Bestnoten können es uns ebenso wenig leisten wie die Abweisung von gut qualifizierten Seiteneinsteiger:innen aus formalen Gründen. Alle haben das Recht auf gute Bildung – in Stadt und Land. Wir stehen dafür ein, dass Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten bleiben Mit uns gibt es keine Privilegierung von Schulabschlüssen. Gemeinschaftsschulen, die alle Abschlüsse möglich machen, müssen angesichts der guten Erfahrungen weiter gestärkt werden. Und auch qualitativ gut aufgestellte Sekundarschulen sind wichtig für ein leistungsfähiges Schulsystem in Sachsen-Anhalt. Das Schulbauprogramm des Landes, das in diesem Jahr begonnen wird, schließt Lücken der bisherigen Schulbauförderung aus den europäischen Sozialfonds. Es geht um die zeitgemäße Neugestaltung von Schulen auf der Grundlage pädagogischer Konzepte, um gesundheitliche Prävention und um Barrierefreiheit. Bei der Digitalisierung des Schulbetriebs brauchen wir eine Entlastung und kompetente Unterstützung der Lehrkräfte. Das erreichen wir mit den von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Digitalmentor:innen. Kultur Die Sehnsucht nach Kultur ist nach zwei Jahren Corona riesig. Viele freuen sich endlich wieder Konzerte, Theater und Oper, Lesungen, Museen, Kabarett und Festivals live zu erleben. In diesen Momenten merken wir, was uns gefehlt hat. Der Kulturbereich und insbesondere die freischaffenden Künstler:innen waren durch die pandemische Lage und die notwendigen Einschränkungen in den letzten zwei Jahren besonders betroffen. Die zahlreichen Hilfsprogramme von Bund, Land und Kommunen haben über die schwere Zeit hinweggeholfen. Aber die langfristigen Folgen für die Kulturlandschaft sind noch nicht in Gänze abzusehen. So sind dauerhafte Umsatzeinbußen, Abwanderungstendenzen von Künstler:innen in Berufen mit sicherem Einkommen ebenso zu beobachten wie ein Ausbleiben des Publikums. Die Corona-Pandemie hat aber deutlich die Schwachstellen in den Arbeitsbedingungen und in der sozialen Absicherung von Künstler:innen offengelegt. Es ist unser Ziel vor allem freischaffende Künstler:innen fair zu vergüten, spartenspezifische Mindesthonorare einzuführen und die Förderinstrumente und Förderprogramme des Landes überprüfen. Wir werden die Bemühungen um die Erweiterung der Künstlersozialkasse auf Bundesebene zu unterstützen. Der Klimawandel geht auch am Kulturbereich und den Kulturdenkmälern nicht vorbei – dass fast ausgetrocknete Gartenreich Dessau-Wörlitz im Sommer 2018 ist ein alarmierender Weckruf. Die Kultureinrichtungen im Land sollen klimaneutral und barrierefrei sein. Wir werden die ökologische Transformation im Kulturbereich begleiten und unterstützen, auch um unser kulturelles Erbe zu sichern. Die

Industriekultur bietet für die kulturelle Identität und Kulturgeschichte des Landes ein großes Potenzial, das wir weiter heben wollen. Digitalisierung ist ein Zukunftsthema, das eigentlich längst Gegenwart sein sollte. Unser Anspruch ist, dass Sachsen-Anhalt bei der Digitalisierung bis zum Ende der Legislaturperiode einen substantiellen Sprung nach vorn macht. Das betrifft die drei Bereiche digitale Infrastruktur, Digitalisierung der öffentlichen Hand und die IT-Sicherheit. Digitale Infrastruktur Notwendige Voraussetzung für Digitalisierungsprozesse aller Art sind leistungsfähige digitale Infrastrukturen. Dazu zählen Festnetz-Breitband, Mobilfunk, WLAN, Freifunk, weitere innovative Funktechnologien, aber auch Rechenzentren. Daher brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau einer digitalen Gigabitfestnetzinfrastuktur sowie den Aus- und Aufbau des Mobilfunknetzes zu Schließung von Funklöchern und Vorbereitung auf zukünftige Standards wie zum Beispiel 5G. Es muss Schluss sein mit den weißen Flecken im Land. Digitalisierung der öffentlichen Hand Die öffentliche Hand muss endlich einen digitalen Standard erreichen, wie er heute in anderen Bereichen wie z.B. Banken, Krankenkassen oder Versicherungen längst selbstverständlich ist. Dazu müssen die Verfahren zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und die entsprechenden Schnittstellen so schnell wie möglich bereitgestellt werden. Wir werden darauf achten, dass die Zusage des Landes an die Kommunen, die kommunalen Verfahren kostenfrei bereitzustellen, eingehalten wird. Die Landtagsfraktion ist aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Bereitstellung über die Kitu als bewährtem Instrument und von vielen Kommunen bereits als anerkannter IT-Partner erfolgt, so wie das die kommunale Familie vorgeschlagen hat. Daneben muss auch die Digitalisierung in den anderen öffentlichen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft oder Gesundheit vorangetrieben werden. Eine wesentliche Rolle spielt das Thema IT-Sicherheit. Kommunen ebenso wie Unternehmen müssen in der Lage sein, sich effektiv vor Cyber-Angriffen zu schützen. Woher wir kommen Der scheidende Landesvorstand hat die Landtagswahl ausgewertet und eine Reihe von Schlussfolgerungen erarbeitet, die der neu zu wählende Landesvorstand umzusetzen haben wird. Wenn wir mit Blick auf die Landtagswahl 2026 ein neues Wahlprogramm und eine Kampagne entwickeln werden, muss sich darin das gemeinsame sozialdemokratische Agieren auf allen Ebenen wiederfinden. Unser Ziel ist es, die Problemlagen im Land realistisch einzuschätzen und eigene Filterblasen immer wieder aufzubrechen. Das gilt sowohl für die Formulierung unserer Ziele und Vorhaben als auch für unser aktuelles politisches Handeln. Um das lebendig zu gestalten, werden wir neben den bewährten Formen der innerparteilichen Debatte neue Ansätze suchen. Um das für alle Menschen in Sachsen-Anhalt erlebbar zu machen, werden wir daran arbeiten, dass die Genoss:innen in der gesamten Breite des Landesverbandes zu unserer Programmatik und unserer praktischen Politik sprechfähig werden. Dazu brauchen wir auch aktive Gliederungen ebenso wie aktive Fachausschüsse und Arbeitsgemeinschaften von Arendsee bis Zeitz und von Ilseburg bis Jessen. Wir werden unsere Parteibildungsarbeit auf neue Füße stellen und der Vermittlung von Grundlagen der Geschichte und Programmatik der Sozialdemokratie sowie organisatorischer, statutarischer Grundlagen für Funktionsträger:innen, in Vorbereitung

der Kommunalwahlen 2024 für unsere Kandidierenden das kommunalpolitische Rüstzeug bereitstellen. Wir werden bei der Vorbereitung der Wahlkampagne zur Landtagswahl 2026 den Trend zur Personalisierung von Wahlkämpfen aufnehmen und rechtzeitig den Prozess zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur einleiten. Wir müssen in allen Wahlkreisen rechtzeitig Genoss:innen finden, die bereit sind eine Landtagskandidatur anzugehen und ihnen die Chance geben, sich bekannt zu machen. Wir streben an, flächendeckend sichtbar und ansprechbar zu sein.

## I Initiativeanträge

### I1

## Beschluss

### Resolution Ukraine

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Sachsen-Anhalt als Landesgliederung der ältesten demokratischen Partei Deutschlands setzt sich für soziale Gerechtigkeit, demokratische Strukturen und ein friedliches Miteinander ein. Diese Grundwerte machen nicht an Landes- oder Bundesgrenzen halt.

Der widerrechtliche, kriegerische Angriff Russlands auf die demokratische, unabhängige Ukraine wird durch unsere Landespartei aufs stärkste verurteilt. Wir stehen an der Seite, der für Freiheit und Demokratie kämpfenden Ukrainerinnen und Ukrainer. Die Bundesregierung wird in ihrem Bestreben unterstützt, den russischen Angriffskrieg schnellstmöglich zu beenden und hierfür die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zu ergreifen.

Aus der Ukraine geflüchtete Menschen sollen auch weiterhin in Sachsen-Anhalt die volle Unterstützung erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Ukrainerinnen und Ukrainern, die es wünschen, eine dauerhafte Integration im Land ermöglicht wird.

Wir unterstützen den Wunsch des Landes, in der EU aufgenommen zu werden. Um diesen Prozess, sowie den Aufbau in der Ukraine selbst, aktiv unterstützen zu können, fordern wir unseren Parteivorstand auf, Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien in der Ukraine zu knüpfen, um den dort Aktiven mit unserem Wissen pragmatisch helfen zu können. So können tragfähige Brücken errichtet werden, die weitere Unterstützung möglich machen.

Die Ukraine braucht starke Partner in ihrem Kampf für Freiheit, Grundrechte und Demokratie. Die Menschen in diesem Land kämpfen nicht zum ersten Mal um ihre Unabhängigkeit. Der Maidan darf nicht nur ein symbolhafter Platz sein. Er war die Basis für den Willen eines Volkes, in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben. Diese Zuversicht teilen wir und wollen dem Land in seinem Kampf gegen Unterdrückung hilfreich zur Seite stehen in einem Prozess, der noch am Anfang steht. Gemeinsam kann er zum Erfolg geführt werden, wenn demokratisch gesinnte Menschen über Ländergrenzen hinaus gemeinsam für die Freiheit eintreten.



**12****Beschluss****Mieterhöhungen eindämmen - Kappungsgrenzen einführen**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Schaffung einer Rechtsverordnung zur Senkung der Kappungsgrenze gemäß § 558 Abs. 3 BGB einzusetzen.

---

**13****Beschluss****Pflichtjahr? Nein, danke.**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD spricht sich gegen ein Pflichtjahr für Jugendliche aus. Stattdessen fordern wir:

- ein elternunabhängiges BAföG mit höheren Fördersätzen
  - freie Fahrt für Freiwillige
  - bessere finanzielle Unterstützung für Ehrenamt und Vereine
  - eine anständige und gerechte Vergütung für Freiwilligendienste
-

## 14

### Beschluss

## **Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten!**

Der Parteitag möge beschließen:

Die Auswirkungen der Corona Pandemie und des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, stellen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen ebenso wie Beziehenden von Transferleistungen vor erhebliche Herausforderungen. Die Preissteigerungen betreffen nicht alle gleich. Der rapide Anstieg der Preise für Energie und Grundnahrungsmittel vermindern die Kaufkraft von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen überproportional stark. Die kurzfristigen Entlastungen waren richtig und notwendig. Die Sozialdemokratie muss jedoch sicherstellen, dass eben jene Menschen, die Mehrbelastungen besonders zu spüren bekommen, langfristig entlastet werden. Neben unserem Anspruch als Sozialdemokratinnen, dass Krisen niemals zu negativen Umverteilungseffekten von unten nach oben führen dürfen, sind strukturelle Entlastungen auch erforderlich, um die Zustimmung für die Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland zu erhalten und den sozialen Frieden sowie Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat, der unter Beweis stellt, dass die innenpolitische und sozialpolitische Handlungsfähigkeit ebenso besteht wie die außenpolitische.

### **Sicherung des inneren und sozialen Friedens**

Die Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates wird nicht allein durch seine militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber Verschwörungsmythen unempfindlich ist und eine funktionierende demokratische Debattenkultur pflegt. Wir brauchen einen umfassend handlungsfähigen Staat, der in allen Bereichen investieren kann.

Die SPD Sachsen-Anhalt unterstützt ausdrücklich den Kurs der Bundesregierung mit beispiellosen Entlastungspaketen die Bürger:innen, der Inflation und dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere der Energiekosten, zu entlasten. Die bisherigen Initiativen zur Abfederung der Kostenexplosion waren richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere und geringe Einkommen, Studierende, Auszubildende, Rentner:innen und Personen, die auf

Sozialleistungen angewiesen sind ausreichend vor den Auswirkungen der Preis-Explosionen zu schützen. Deshalb setzen wir uns für weitere Entlastungen ein, die insbesondere die Gruppen der jungen Menschen und der Rentner:innen adressieren, denn diese sind besonders armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen besonders intensiv betroffen.

**Dazu gehört für uns im Einzelnen:**

Die Einführung des Bürgergelds muss die Situation derjenigen in unserer Gesellschaft, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substantiell verbessern.

Neben der Abschaffung der Sanktionen muss die Ampelkoalition deswegen substantiell die Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen, und dabei die Auswirkungen der Inflation vollständig ausgleichen.

Die Ungleichbehandlung von Asylbewerber:innen und Menschen in der Grundsicherung lehnen wir ab, weswegen eine Angleichung des Leistungsniveaus erfolgen muss.

Eine substantielle Erhöhung der BAföG-Sätze und eine Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Mit dem Ziel eines elternunabhängigen BAföGs. Eine sofortige Abschaffung des Tankrabattes. Stattdessen werden die Bürger\*innen durch Tankgutscheine entlastet. Der Bund zahlt einen gesetzlich festgelegten Betrag an die Tankstellen, der sich an den realen Rohstoffpreisen orientiert. Somit kann es nicht zu Mitnahmeeffekten durch die Energiekonzerne kommen.

Die Einführung des 365€-Ticket für die bundesweite Nutzung des Nahverkehrs und Preissenkung im Schienenfernverkehr, zu Entlastung der Nutzer:innen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Langfristig streben wir einen ticketlosen ÖPNV an. Die Kommunen müssen dafür entsprechende Refinanzierung durch Bund und Länder erhalten.

**Das soziale Klimageld** Eine zentrale Rolle zur langfristigen und strukturellen Entlastung der Bürger:innen von den höheren Energiekosten spielt für uns die Einführung des sozialen Klimagelds. Dabei schließen wir uns den Vorschlägen von Hubertus Heil ausdrücklich an. Das soziale Klimageld muss die langfristig zu erwartenden Kostensteigerungen durch den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien ausgleichen, die durch den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Energiemärkten zusätzlich verstärkt werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass einkommensschwache Haushalte einerseits weniger CO<sub>2</sub> verursachen, andererseits verhältnismäßig stärker von den Mehrbelastungen durch höhere Energiepreise betroffen sind. Deswegen muss das Klimageld sozial gestaffelt werden. Ziel bei der Ausgestaltung des Energiegelds sollte es sein, eine doppelte Umverteilungswirkung zu erreichen. Einerseits indem bereits die Belastungen reicherer Haushalte mit höherer

CO<sub>2</sub>-Produktion höher ist als einkommensschwache Haushalte und andererseits indem einkommensschwache Haushalte durch höhere Auszahlungen stärker vom Klimageld profitieren. Das Klimageld soll dabei auch Transferempfänger:innen zu Gute kommen.

Das Klimageld muss sich in der Höhe mindestens an den durchschnittlich zu erwartenden Mehrbelastungen für Haushalte der jeweiligen Größe orientieren. Im Durchschnitt soll es eine Überkompensation für ärmere Haushalte und in geringerem Maße eine Kompensation für reichere Haushalte sein.

Das Klimageld sollte spätestens bis zum ersten Quartal 2023 umgesetzt werden, andernfalls braucht es weitere kurzfristige Entlastungsmaßnahmen zur Überbrückung.

Wir wollen politisch das klare Zeichen setzen, dass die notwendige Energiewende nicht auf Kosten von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht, sondern sogar mit Realeinkommenszugewinnen verbunden sein kann. Klimapolitik und Sozialpolitik gehen für uns Hand in Hand.

### **Die Finanzierungsseite in den Blick nehmen**

Ein handlungsfähiger Staat braucht eine ausreichende Finanzierung. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die Reichsten 10% massive Vermögenszuwächse erfahren haben und Kapitaleinkommen in unserem Steuersystem derzeit massiv gegenüber Arbeitseinkommen bevorzugt wird, ist es notwendig, wieder die Verteilungsfrage zu stellen und insbesondere die stark gewachsenen Vermögen der letzten Jahre in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus bedarf es dringend einer Abschaffung der Schuldenbremse, um auch außerhalb von Krisenzeiten die kurzfristige Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen und Spielräume zu schaffen, die einem weiteren Verfall der Infrastruktur des Landes entgegenwirken können.

### **Vermögensumverteilung**

Nicht zuletzt durch die notwendigen Tilgungen der im Rahmen der Sondervermögen aufgenommenen Mehrverschuldung, werden zukünftige Haushalte belastet. Diese Mehrbelastungen dürfen auch zukünftig nicht zu Lasten des Gesamthaushalts gehen. Es wird endlich Zeit, diejenigen, die in den letzten Jahren unter anderem auch an den politischen und gesellschaftlichen Krisen finanziell enorm profitiert haben, an den Kosten zu beteiligen.

Dafür fordern wir die stärkere Heranziehung von Vermögen und Kapitaleinkünften durch im Einzelnen folgende Maßnahmen:

Die Einführung einer Übergewinnsteuer nach internationalem Vorbild zum Abschöpfen von Gewinnen bei Unternehmen, die übermäßig starke Gewinne durch Kriseneffekte gemacht haben. Eine progressive Vermögensbesteuerung, die auf Vermögen/ Erbschaften in Millionenhöhe abzielt.

Die Abschaffung der Ausnahmen für Unternehmenserb\*innen bei der Erbschaftssteuer.

[Tabelle online ansehen]

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Besteuerung von Kapitaleinkommen mit den gleichen progressiven Steuersätzen wie Erwerbseinkommen

### **Abschaffung der Schuldenbremse**

Besonders das Sondervermögen führt die Schuldenbremse ad absurdum. Sowohl das Sondervermögen für die Bundeswehr als auch der Transformationsfond sind indirekte Eingeständnisse, dass die Zukunftsaufgaben nicht bei gleichzeitigem Beibehalten der Schuldenbremse zu erreichen sind. Während der Bund mit Sondervermögen und Kreditermächtigungen für bundeseigene Unternehmen versucht die Schuldenbremse zu umgehen, wo er nur kann, werden die Länder und insbesondere die Kommunen bei kaum bestehenden Möglichkeiten der Umgehung belastet.

Die Schuldenbremse war von Anfang an eine Investitionsbremse. Ausgeglichene Haushalte der letzten Jahre wurden erkaufte durch Sanierungstau an der öffentlichen und sozialen Infrastruktur. Der schwarzen Null stehen marode Brücken, kaputte Schulen und geschlossene Schwimmbäder gegenüber, die im Haushalt des Bundes nicht erfasst werden, aber de facto die Bürger:innen erheblich belasten. Perspektivisch fordern wir deshalb die vollständige Abschaffung der Schuldenbremse und kurzfristig die vorübergehende Aussetzung über 2022 hinaus, damit dringend notwendige Investitionen im Bildungsbereich, Wohnraum, Verkehrswende, Klimaschutz und die soziale und öffentliche Daseinsvorsorge - in die Zukunft, der von den durch Schulden belasteten Generationen, getätigt werden können. Die Schuldenbremse muss vollständig aus dem Grundgesetz gestrichen werden, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundes, der Länder und damit auch der Kommunen wieder herzustellen und erhebliche Kürzungen der Sozialausgaben und Investitionsmittel in zukünftigen Haushalten zu vermeiden.

Die aktuelle Zeit macht nicht nur eine sicherheitspolitische Zeitenwende, sondern auch eine Sozialpolitische erforderlich. Hier stehen wir an der Seite der von Olaf Scholz als Bundeskanzler angeführten sozialdemokratischen Bundesregierung. Nur eine glaubwürdige soziale Handschrift, kann den gesellschaftlichen Frieden dauerhaft bewahren.

## O Organisationspolitik

### O1

#### Beschluss

### Änderung der Beitragsverteilung des Landesverbandes

Der SPD-Landesvorstand beantragt die Änderung der Beitragsverteilung wie folgt:

15% für den Parteivorstand (vorher 15%), 61,5% für den Landesverband (vorher 60%), 4,5% für die Kreisverbände (vorher 5%), 4,5% für die Regionalgeschäftsstellen (vorher 5%) und 14,5% für die Ortsvereine (vorher 15%).

---

### O2

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Umsetzung des Regionalprinzips bei der Aufstellung der Liste für die kommenden Landtagswahlen

Der Landesvorstand hat dem Landesparteirat und dem Landesparteitag eine Listenaufstellung unter Berücksichtigung des Regionalprinzips bei den kommenden Landtagswahlen vorzuschlagen. Für die Festlegung der Listenplätze für die folgenden Landtagswahlen gilt folgendes Regionalprinzip: 1. Unter den ersten 14 Listenplätzen für den Landtag sind sollen Kandidierende aus allen 11 Landkreisen und den 3 kreisfreien Städten des Landes aufgestellt werden. 2. Dabei werden die Wahlkreise jeweils einem Landkreis zugeordnet. Wenn ein Wahlkreis sich in mehreren Landkreisen befindet, wird dieser dem Landkreis zugeordnet, in dem sich die Mehrheit der Einwohner befindet. 3. Die Geschlechterquotierung gilt weiterhin

## O3

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Offenlegung der Mitgliedsbeiträge der Kandidat\*innen für die zu wählenden Ämter/Funktionen auf dem Landesparteitag**

**Beitragsehrlichkeit der Kandidat\*innen für die zu wählenden Ämter und Funktionen auf dem Landesparteitag** Die Kandidat\*innen, die auf dem Landesparteitag für Ämter und Funktionen kandidieren, geben eine Erklärung darüber ab, dass der durch sie gezahlte Mitgliedsbeitrag den Vorgaben der Finanzordnung entspricht.

---

## O4

### Beschluss

### **Einführung eines Gleichstellungsberichts**

Der SPD-Landesvorstand legt zu den ordentlichen Landesparteitagen einen Gleichstellungsbericht vor, der nach dem Vorbild des Gleichstellungsberichts des SPD-Parteivorstandes neben der Mitgliederentwicklung auf Landesverbands-, Stadt- oder Kreisverbands- und Ortsvereinsebene auch die Teilhabe von Frauen in Ämtern, Funktionen und Mandaten in den Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen erfasst und die Veränderung zum Vorjahr darlegt.

---

## O5

### Beschluss

#### **16 Länder, 16 Plätze – Für Europa in ganz Deutschland**

Die SPD möge sich für die Vorbereitung auf die Europawahl dazu entschließen, unter den ersten 16 Listenplätzen der SPD Europawahlliste jeweils eine\*n Kandidat\*in aus allen 16 Bundesländern zu platzieren.

---

## O6

### Beschluss

#### **Umbenennung des Flughafen Leipzig/Halle in Anton-Wilhelm-Amo-Flughafen**

Die SPD Sachsen-Anhalt soll den Beschluss der SPD-Sachsen unterstützen und sich im Bereich ihrer Möglichkeiten dafür stark machen, dass der Flughafen Leipzig/Halle den Beinamen Anton-Wilhelm-Amo-Flughafen erhält.



## S Satzungsänderung

### S1

#### Beschluss

#### Satzungsänderung §3b Abs. 8 der Landessatzung

Der SPD-Landesvorstand beantragt die Änderung der Landessatzung im §3b Abs. 8 wie folgt:

Bei der Bestimmung des/der Kandidaten/in für das Amt des/der Ministerpräsidenten/in durch Mitgliederentscheid ist **bei mehr als zwei Kandidierenden** gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. **Bei zwei Kandidierenden entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.**

---

### S2

#### Beschluss

#### Satzungsänderung §8 Abs. 2 der Landessatzung

Der SPD-Landesvorstand beantragt die Änderung der Landessatzung im §8 Abs. 2 wie folgt:

Die Revisoren dürfen weder dem Landesvorstand noch dem **Vorstand eines Kreis- oder Stadtverbandes** der Landespartei angehören oder hauptamtliche Mitarbeiter/innen der Partei sein. Sie erstatten dem Landesparteitag und auf Verlangen dem Landesvorstand Bericht.

---

## S3

### Beschluss

#### Satzungsänderung §3b Abs. 3 der Landessatzung

Der SPD-Landesvorstand beantragt die Änderung der Landessatzung im §3b Abs. 3 wie folgt:

Die Abstimmung wird innerhalb der Ortsvereine in unmittelbarer und geheimer Form vorgenommen. Die Stimmabgabe ist auch durch Briefwahl **oder Onlineabstimmung** möglich. Die Briefwahlunterlagen **oder der Zugang zur Onlineabstimmung** sind einem Mitglied, auf schriftliche oder telefonische Anfrage hin, zuzusenden. Abweichend kann der Landesvorstand eine generelle Abstimmung per Brief **und Onlineabstimmung** beschließen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es finden einheitliche Stimmzettel Verwendung, die den Abstimmungsgegenstand so darstellen, dass eine Beantwortung mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist.